

## Zweite Sitzung – Deuxième séance

Mittwoch, 3. Juni 2020  
Mercredi, 3 juin 2020

08.15 h

20.040

### Dringliche Änderung des Epidemiengesetzes angesichts der Covid-19-Krise (Proximity-Tracing-System)

### Modification urgente de la loi sur les épidémies face à la crise de Covid-19 (Système de traçage de proximité)

Erstrat – Premier Conseil

Ständerat/Conseil des Etats 03.06.20 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 08.06.20 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 10.06.20 (Dringlichkeitsklausel – Clause d'urgence)

Nationalrat/Conseil national 11.06.20 (Dringlichkeitsklausel – Clause d'urgence)

Nationalrat/Conseil national 19.06.20 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 19.06.20 (Schlussabstimmung – Vote final)

**Präsident** (Stöckli Hans, Präsident): Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. Ich freue mich, Herrn Bundesrat Berset begrüßen zu können, und wünsche ihm einen erfolgreichen Tag. Heute können wir beweisen, dass sich unser Gentlemen's Agreement bewährt hat: Wir behandeln heute eine Vorlage, die auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen muss.

**Rechsteiner** Paul (S, SG), für die Kommission: Die Vorlage über die Ergänzung des Epidemiengesetzes, die wir jetzt behandeln, schafft eine spezialgesetzliche Grundlage für die Einführung der Corona-Warn-App bzw. des Proximity-Tracing-Systems. Das neue digitale Warnsystem soll das klassische Contact Tracing durch die kantonsärztlichen Dienste unterstützen. Bezogen auf die Aufgabe bleibt die Proximity-Tracing-App in der Logik des heutigen Epidemiengesetzes.

In der jetzt erreichten Eindämmungsphase geht es darum, die positiv auf das Coronavirus getesteten Personen zu identifizieren und bei gegebenen Voraussetzungen zu isolieren und die Quarantäne anzuordnen. Durch die Nachverfolgung der Infektionsketten soll die Wiederausbreitung der Epidemie verhindert werden. Bei dieser Aufgabe hat das neue digitale Instrument eine unterstützende Funktion. Mit dem Proximity-Tracing-System werden unter Verwendung der Bluetooth-Funktechnik epidemiologisch relevante Annäherungen zwischen Mobiltelefonen aufgezeichnet, sofern sie mit der Swiss-Covid-App ausgerüstet sind. Eine auf das Coronavirus positiv getestete Person kann unter Verwendung eines vom kantonsärztlichen Dienst übermittelten Freischaltcodes eine Warnung an jene Personen auslösen, mit denen sie in der potenziell infektiösen Zeit Kontakt hatte. Der gewarnten Person wird danach empfohlen, sich von der Hotline des BAG beraten zu lassen. Sie soll physische Kontakte in den folgenden Tagen wenn möglich meiden und beim Auftreten von Symptomen den Arzt aufsuchen. Tests können dann Klarheit

schaffen, sie sind jetzt ja wieder gut verfügbar. Das Proximity-Tracing-System folgt technisch dem Grundsatz "privacy by design". Mit kryptografischen Methoden und der dezentralen Datenbearbeitung wird der Datenschutz gewährleistet. Das vorgeschlagene System folgt dem Grundsatz der Freiwilligkeit.

Die SGK Ihres Rates hat sich schon vor der Überweisung der Botschaft des Bundesrates ausführlich mit dem Projekt des Proximity Tracing beschäftigt. Sie hat eine Konsultation zur Verordnung über den Versuchsbetrieb verlangt und auch durchgeführt. Die Kommission begrüsst es, dass der Bundesrat mit der vorliegenden Gesetzesgrundlage ihren Empfehlungen gefolgt ist. In der Detailberatung stellt sie nur wenige präzisierende Anträge, die an der Stossrichtung der bundesrätlichen Vorlage nichts grundsätzlich ändern.

Die Bedeutung der Vorlage rechtfertigt trotz der Unterstützung der bundesrätlichen Vorlage ein paar grundsätzliche Bemerkungen.

Erste Grundsatzbemerkung zur gesetzlichen Grundlage des Proximity-Tracing-Systems: Die eidgenössischen Räte haben an der ausserordentlichen Session mit den gleichlautenden Motionen der Staatspolitischen Kommissionen die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage verlangt, dies im Gegensatz zur ursprünglichen Haltung des Bundesrates. Denn das neue digitale Instrument hat Big-Data-Charakter und ist mit entsprechenden Risiken für die betroffenen Personen verbunden. Das verlangt eine nach Datenschutzgrundsätzen formulierte formell-gesetzliche Grundlage. Das sieht auch der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte so. Nicht die mit der Ergänzung des Epidemiengesetzes verfolgte Aufgabe ist neu, neu sind die Mittel von Big Data – darum die gesetzliche Grundlage.

Mit der raschen Erarbeitung und der zügigen Vorlage der Botschaft hat der Bundesrat gezeigt, dass im Gesetzgebungsverfahren sehr schnell gearbeitet werden kann, wenn man will und wenn man wegen der Dringlichkeit ausnahmsweise auf eine Vernehmlassung verzichtet. Das ist auch bei der Änderung des Luftfahrtgesetzes in der ausserordentlichen Session bewiesen worden, wo es zwischen Botschaft und Verabschiedung der Vorlage noch schneller gegangen ist als jetzt. Das ist auch eine Lehre, die hinsichtlich der institutionellen Folgen der Corona-Krise, über die in den letzten Wochen viel geschrieben und gesprochen wurde, zu ziehen ist.

Wie diese Vorlage zeigt, muss gar nicht so viel neu erfunden werden, wie manche meinen. Entscheidender ist die Bereitschaft seitens des Parlamentes, bei Bedarf auch schneller zu arbeiten als im Vierteljahresrhythmus der ordentlichen Sessionen. Das gilt für das Ratsplenum: Ausserordentliche Sessionen wären immer und auch sehr kurzfristig möglich. Es gilt aber auch für die Arbeit der Kommissionen, denn ohne Kommissionsarbeit gibt es keine Sessionen.

Allerdings gilt es auch, die Limiten der Gesetzgebungsarbeit unter hohem Zeitdruck und ohne Vernehmlassung und Hearings zu berücksichtigen. Es kann nicht alles unter allen Aspekten mit der wünschbaren Gründlichkeit geprüft werden. Man muss deshalb bereit sein, nötigenfalls nachzubessern.

Die Proximity-Tracing-App ist ein Experiment. Das Gesetz ist auf zwei Jahre befristet. Die Kommission hat in Artikel 60a Absatz 7 des Epidemiengesetzes eine Ergänzung beschlossen, wonach das Experiment abubrechen ist, wenn es sich als nicht mehr nötig oder als ungenügend wirksam erweist.

Zweite Grundsatzbemerkung zur Architektur des Systems: Das jetzt vorgeschlagene schweizerische System beruht auf der dezentralen Speicherung der Daten auf den Mobiltelefonen der teilnehmenden Personen. Das ist ein entscheidender Unterschied zu anderen Vorstellungen und Systemen des Tracings und ein grosser Vorzug des schweizerischen Systems. Wie uns in der Kommission dargelegt wurde, stützt sich das System trotz dezentraler Speicherung auf gewisse zentrale Elemente, ohne die es technisch nicht geht. So gibt es für die Prüfung der Kontakte eine Zusammenarbeit mit Amazon Deutschland in Frankfurt am Main, weil die Infrastruktur des Bundesamtes für Informatik und Telekommunikation dafür offenbar nicht ausreicht.

Zudem ist die App für die Bluetooth-Funktionalität auf eine Schnittstelle angewiesen, die von Google und Apple zur

Verfügung gestellt wird. Der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte hat uns in der Kommission zugesichert, dass die Verträge und Zugänge so ausgestaltet sind, dass die Anonymität und die Sicherheitsstandards gewährleistet sind. Die Kommission erwartet vom Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten, dass er die Zusammenarbeit mit diesen globalen Konzernen weiterhin eng begleitet und informiert, wenn sich Risiken, insbesondere betreffend Anonymität und Rückverfolgbarkeit, ergeben sollten.

Positiv bewertet die Kommission, dass das System auf Open Source beruht und damit öffentlich ist. Die Kommission hat dies mit einer Ergänzung von Artikel 60a Absatz 4 Buchstabe e noch verdeutlicht.

Dritte Grundsatzbemerkung: Die Freiwilligkeit ist von zentraler Bedeutung. Das vorgeschlagene System des Proximity Tracing beruht auf Freiwilligkeit. Das ist der Eckpfeiler des ganzen Gesetzes. Zu unterstreichen ist dies insbesondere auch deshalb, weil nicht nur in anderen Ländern, insbesondere in Asien, andere Systeme bestehen, sondern weil auch bei uns Stimmen laut wurden, die ein Obligatorium verlangten. Weil die Freiwilligkeit nicht nur eine theoretische sein darf, ist sie mit einem strengen und strafrechtsbewehrten Diskriminierungsschutz verbunden. Niemand, weder Behörden noch Unternehmen, noch Private, darf Personen aufgrund der Teilnahme oder Nichtteilnahme am Proximity-Tracing-System bevorzugen oder benachteiligen, wie Absatz 3 von Artikel 60a des neuen Epidemiengesetzes klipp und klar festhält. Andere Vereinbarungen sind unwirksam. Konkret: Kein Arbeitgeber darf von seinen Angestellten verlangen, dass sie die App installieren. Niemand darf von einer Veranstaltung, zum Beispiel einem Fussballspiel, ausgeschlossen werden, weil er oder sie keine App installiert hat.

Auch wenn das in den Medien teilweise kontrovers diskutiert wurde: Das Gesetz ist bezüglich Freiwilligkeit und Nichtdiskriminierung vollkommen eindeutig. Artikel 83 enthält eine neue Strafbestimmung für jene, die eine für die Allgemeinheit bestimmte Leistung verweigern, weil jemand nicht am Proximity-Tracing-System teilnimmt.

Mit dem Prinzip der Freiwilligkeit – und im Wort "Freiwilligkeit" steckt auch die Freiheit – folgt dieses Gesetz dem bisherigen schweizerischen Weg in der Corona-Krise, wenn es um die Bewegungsfreiheit der Menschen geht: Appelle, aber kein Zwang. Aus epidemiologischer Sicht wurde in der Kommission festgehalten, dass eine Warnung auch bei Personen, die keinerlei Symptome zeigen, keinesfalls nutzlos sei. Sie würden sich entsprechend vorsichtig verhalten, auch bezüglich der empfohlenen Verhaltensmassregeln. Die App ist insbesondere auf mobile Personen zugeschnitten, die viele und anonyme Kontakte haben.

Vierte Grundsatzbemerkung: Das System ist unter öffentlicher Kontrolle. Ein wichtiger Grund für die Zustimmung zum Gesetz ist für die Kommission das Prinzip der öffentlichen Kontrolle, die erst mit einer staatlichen Lösung möglich wird. In der Kommission wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass sich bei diesen Tracing-Systemen nicht die Frage stellt, ob sie kommen werden oder nicht. Die Frage ist, wer sie einrichtet und wer sie regelt. Erst ein System, das als öffentliche Aufgabe konzipiert ist, ermöglicht es auch, die zum Schutz der Persönlichkeit nötigen Massnahmen wirksam zu gewährleisten und nötigenfalls durchzusetzen.

Die Kommission empfiehlt Ihnen aus all diesen Gründen einstimmig Eintreten und Zustimmung zur Vorlage sowie Zustimmung zu den verschiedenen Ergänzungsanträgen.

**Berset** Alain, conseiller fédéral: Je suis très heureux d'avoir l'occasion de vous parler non seulement de cette application, mais surtout du cadre dans lequel cette dernière doit s'inscrire. Je vous rappelle que, depuis le début du mois de mai, plus précisément depuis le 11 mai, nous nous trouvons véritablement dans une phase dite d'endiguement de l'épidémie. C'est une phase durant laquelle l'objectif est de retrouver chaque personne qui peut être testée positive, donc qui sera testée même avec des symptômes légers. Ensuite, il s'agit de mettre cette personne en isolement et de rechercher les contacts proches qu'elle aura eus dans les heures précédant

l'apparition des symptômes, de manière à pouvoir mettre ces personnes en quarantaine et ainsi garder l'épidémie sous le couvercle, si on peut le dire ainsi. Voilà le principe sur lequel on travaille.

C'est quelque chose qui est connu depuis longtemps. Ce type de fonctionnement et le traçage des contacts existent déjà pour plusieurs maladies transmissibles en Suisse. Elles sont relativement peu courantes et on en entend peu parler, mais tout de même. Il s'agit par exemple de la méningite virale ou de la tuberculose. Dans sa forme classique, ce traçage des contacts se fait avec des enquêtes d'entourage. Il s'agit de voir qui a été en contact avec la personne infectée, puis de prendre contact par téléphone, ce qui est effectué par les médecins cantonaux et leurs équipes.

Dans ce cadre, évidemment, l'application apporte un élément supplémentaire. Elle permet de mettre en garde des utilisateurs ayant été en contact avec une personne infectée qu'ils ne connaissent pas. Ce pourrait par exemple être un voisin de siège dans les transports publics ou une personne croisée par hasard dans un restaurant. Il s'agit donc véritablement d'un complément à la méthode classique et non d'un remplacement de cette dernière. C'est un complément important sur lequel nous souhaitons pouvoir compter pour la suite du combat que nous menons contre cette épidémie. Voilà pour le contexte général.

Le mandat du Parlement était clair. Ce dernier a donné mandat au Conseil fédéral de créer une base légale pour cette application.

C'est une motion qui a été discutée et développée durant la fin du mois d'avril dernier, et adoptée, d'ailleurs avec l'appui du Conseil fédéral, au début du mois de mai. Nous avons été en mesure – le rapporteur l'a rappelé – de présenter un message urgent en quelques jours, puisque celui-ci, avec toutes les procédures habituelles internes – évidemment, pas avec une grande consultation externe –, a pu être présenté le 20 mai. Il a été transmis au Parlement avec un contenu qui correspond à ce que demandait la motion, notamment avec le fait qu'on doive retenir des solutions techniques dites décentralisées et que l'utilisation de l'application soit volontaire.

Nous avons maintenant une phase pilote. Le Conseil fédéral l'a lancée en adoptant le 13 mai dernier une ordonnance temporaire et en lançant la phase pilote le 25 mai. Elle courra le temps nécessaire, mais on ne peut pas imaginer que cela aille véritablement au-delà de la fin du mois de juin. Il s'agit de trouver les défauts, les problèmes techniques et de pouvoir les régler. En parallèle, il y a le projet sur lequel vous discutez ce matin, qui vise à fonder une base légale pour l'utilisation de l'application.

Je ne vais pas revenir maintenant sur le contenu détaillé du projet – le rapporteur l'a rappelé. Je précise seulement qu'il s'agit d'un nouvel article 60a qui doit être introduit dans la loi sur les épidémies et qui fixe les principes avec une haute protection des données; il fixe aussi les principes d'organisation et de transparence, notamment sur l'utilisation du code source. Il y a eu une discussion à ce sujet dans votre commission et une proposition, que nous pouvons soutenir.

Bien sûr, nous avons également dû prévoir des possibilités d'interconnexion internationale. D'autres pays travaillent également sur ces questions. Les frontières seront bientôt ouvertes, et vous connaissez aussi le nombre très important de contacts qui existent, ne serait-ce que pour les personnes qui travaillent quotidiennement d'un côté ou de l'autre de la frontière. Mais il y a aussi beaucoup d'autres contacts, beaucoup de familles qui sont des deux côtés de la frontière. Il faut donc naturellement pouvoir garantir une interconnexion internationale, qui a été prévue dans le projet.

La base légale a une durée fixe. Elle est limitée au 30 juin 2022. Avec votre décision, c'est deux ans au maximum durant lesquels cette base légale peut durer. Elle tombera ensuite. Néanmoins, l'utilisation de l'application peut aussi tomber plus tôt, si elle n'est plus requise pour lutter contre l'épidémie parce qu'on aurait réussi à régler définitivement cette affaire auparavant – ce que nous souhaitons naturellement, puisque 2022, c'est relativement loin.

Un élément très important est le caractère volontaire de l'utilisation de l'application, et nous avons prévu des dispositions

pénales pour protéger ce caractère volontaire. Elles prévoient par exemple que la fourniture de prestations ne peut pas dépendre de la participation ou non au système de traçage. Ce que nous souhaitons faire, c'est exclure tout inconvénient, tout avantage ou tout désavantage pour les personnes qui utilisent l'application, de manière à garantir le caractère volontaire de son utilisation. Cela signifie par exemple qu'il serait illégal, selon le projet du Conseil fédéral, suivi en cela par votre commission, d'exiger d'un client qu'il utilise l'application pour pouvoir entrer dans un restaurant. De la même manière, un employeur qui interdirait l'utilisation de l'application à son personnel pourra être sanctionné.

A ce titre, permettez-moi d'apporter encore deux précisions importantes, des précisions en lien avec la thématique de l'information à l'employeur en cas de notification de l'application. Il faut être très clair à ce sujet: personne n'est tenu d'informer son employeur qu'il a été en contact avec une personne contaminée. Cela dit, il faut informer son employeur en cas de symptômes; il faut le faire évidemment si on décide de se mettre en quarantaine volontaire, parce que cela finira par se voir, et également, bien sûr, si une quarantaine est ordonnée par un médecin cantonal. Le deuxième élément que je souhaite préciser, c'est qu'il est exclu que les employeurs puissent exiger des employés qu'ils utilisent l'application dans le cadre de leur activité professionnelle. C'est également une mesure qui doit protéger les relations entre employés et employeurs.

Une autre question importante sur laquelle j'aimerais brièvement revenir est la question des pertes de revenus. Votre commission a aussi discuté de cette question des pertes de revenus en cas de quarantaine de personnes averties par l'application. J'aimerais rappeler un principe général: concernant les allocations pour perte de gain, le Conseil fédéral a adopté l'ordonnance sur les mesures en cas de pertes de gain en lien avec le coronavirus, et cette dernière donne accès aux allocations pour perte de gain en cas de quarantaine. La validité de l'ordonnance est limitée à septembre 2020, donc elle couvre encore quelques mois, et nous étudions actuellement comment inscrire ce principe dans la loi pour qu'il s'applique au-delà de septembre 2020. Il y a cette volonté de poursuivre avec cette mesure, parce que c'est au moment où l'application se diffusera et que la question des conditions applicables aux quarantaines au-delà du mois de septembre se posera que nous devrons être prêts à faire face.

Il y a bien sûr quelques questions qui se posent en lien avec l'application et les conséquences de son utilisation. J'aimerais profiter de cette occasion pour clarifier celle du processus en lien avec l'application, puisque c'est la première fois que j'ai l'occasion de m'exprimer devant l'une des deux chambres du Parlement à ce sujet. Ce qu'il faut savoir, c'est que dans tous les cas une personne qui a été testée positive au virus sera mise en isolement et aura droit à une compensation de salaire. Un certificat médical sera délivré et la personne n'aura pas le choix d'accepter ou non l'isolement puisque c'est une décision du médecin cantonal.

Ensuite, c'est le deuxième point, toutes celles et tous ceux que la personne qui aurait fait l'objet d'un test positif aurait rencontrés seraient contactés par le médecin cantonal qui déciderait – avec son équipe; il ne le ferait pas tout seul – après analyse du cas de la mise en quarantaine. C'est ce qu'on appelle la "quarantaine ordonnée". Cette décision dépendrait évidemment des contacts proches qui auraient pu avoir lieu avec la personne dont le test serait positif dans les heures précédant l'apparition des symptômes.

Maintenant, pour ce qui concerne l'application, si la personne testée positive choisit de signaler le résultat de son test dans l'application – elle est libre de le faire ou pas; une personne testée positive peut décider d'informer toutes celles et tous ceux avec qui elle aurait pu avoir des contacts proches –, les utilisateurs de l'application qui auraient été en contact, à une distance de moins de deux mètres et pendant plus de quinze minutes, avec la personne infectée recevraient une notification. La question qui se pose est la suivante: que faire à réception de la notification? Dans la notification se trouve une information qui les incite à appeler une hot-line gratuite. La personne qui répond indique s'il faut appeler le méde-

cin traitant ou le médecin cantonal. Ensuite, après analyse du cas par le médecin, la personne qui a reçu la notification pourrait être encouragée à aller se faire tester, ou alors elle pourrait se voir ordonner une mise en quarantaine par le médecin cantonal si nécessaire. Il s'agirait là d'une quarantaine ordonnée. Si la quarantaine est ordonnée par le médecin cantonal, alors les personnes concernées ont droit à une allocation pour perte de gain.

Voilà ce que je souhaitais encore vous dire pour préciser le processus. Nous essayons de le rendre le plus clair possible pour qu'il reste le moins de questions ouvertes au moment où l'application sera utilisée à large échelle. Je rappelle que cette application est un outil supplémentaire qui fait partie d'un système d'alerte. Cela peut déboucher sur une quarantaine ordonnée par le médecin cantonal. Cette application a pour but de sensibiliser la population, mais elle laisse une place importante – et il est juste qu'il en soit ainsi – à l'analyse qualitative effectuée par le médecin cantonal. L'application encourage la population à recourir au système de santé classique, donc à prendre contact avec le médecin traitant et ainsi à éviter les doublons.

Voilà ce que je souhaitais vous dire à ce sujet dans le débat d'entrée en matière. Cela me permet de donner des précisions sur toute une série de questions qui sont restées relativement ouvertes jusqu'ici. Le débat qui se tient maintenant doit permettre de leur apporter des réponses.

J'aimerais donc, au nom du Conseil fédéral, vous inviter à entrer en matière et à accepter ce projet. Je peux déjà vous informer que nous pouvons soutenir les deux modifications proposées par votre commission.

Pour terminer, je voudrais encore vous rappeler que, pour ce qui concerne la protection des données – c'est une question très importante qui nous a occupés d'emblée –, le Préposé fédéral à la protection des données et à la transparence a été impliqué dans le développement de ce projet, et, je crois pouvoir le dire ici, il a globalement soutenu ce projet lors du débat en commission.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*L'entrée en matière est décidée sans opposition*

## **Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen**

### **Loi fédérale sur la lutte contre les maladies transmissibles de l'homme**

*Detailberatung – Discussion par article*

#### **Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Titre et préambule, ch. I introduction**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 60a**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1–3, 5, 6*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 4*

...

e. ... sind öffentlich. Die maschinenlesbaren Programme müssen nachweislich aus diesem Quellcode erstellt worden sein.

*Abs. 7*

Der Bundesrat sieht die ... das Coronavirus verursachten Epidemie nicht mehr erforderlich ist oder sich als ungenügend wirksam erweist.

**Antrag Müller Damian****Abs. 3bis**

Eine Person, die durch das PT-System darüber benachrichtigt wurde, dass sie potenziell dem Coronavirus ausgesetzt war, kann gegen Nachweis der Benachrichtigung kostenlos Tests auf Infektion mit dem Coronavirus und auf Antikörper gegen das Coronavirus durchführen lassen.

**Art. 60a***Proposition de la commission**Al. 1–3, 5, 6*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 4*

...

e. ... sont accessibles au public. Les programmes lisibles par une machine doivent avoir été élaborés, de manière avérée, au moyen de ce code source.

*Al. 7*

... dès que le système TP n'est plus requis ou il ne se révèle pas suffisamment efficace pour lutter contre l'épidémie causée par le coronavirus.

*Proposition Müller Damian**Al. 3bis*

Toute personne qui a été informée par le système TP de son exposition potentielle au coronavirus peut se soumettre gratuitement à un test d'identification du coronavirus et à un test sérologique de mise en évidence des anticorps au coronavirus sur présentation du message du système TP.

**Müller** Damian (RL, LU): Mit dieser Vorlage schaffen wir die gesetzliche Grundlage für die Swiss-Covid-App, welche das Parlament an der ausserordentlichen Session in Auftrag gegeben hat. Ich bin weiterhin davon überzeugt, dass eine solche App nur funktioniert, wenn die Bevölkerung Vertrauen hat und die App auch einen Mehrwert gibt. Deshalb war ich an der letzten Sitzung der SGK unseres Rates froh, dass die Kommission einige von mir vorgeschlagene Anträge aufnahm und den Bundesrat in einem zusätzlichen Schreiben bat, eine Erwerbsausfallentschädigung für Personen zu prüfen.

Die SGK-N hat mit ihrem Antrag in Artikel 60a Absatz 3bis bereits einen guten und klaren Weg gefunden, um kostenlose Tests zu verankern. Die Kosten übernimmt der Bund. Das Geschäft ist kommende Woche im Nationalrat. Heute haben wir die Chance, diese Differenz bereits zu bereinigen.

Der Erfolg des Proximity-Tracing-Systems hängt stark davon ab, wie Personen auf eine allfällige Benachrichtigung der App reagieren. Es müssen also klare Verhältnisse herrschen, insbesondere muss die betroffene Person auch vor möglichen finanziellen Schäden geschützt werden. Ist dies nicht der Fall, wird eine benachrichtigte Person möglicherweise auf Tests und/oder auf die Quarantäne verzichten und dadurch unnötig andere Menschen gefährden. Die App würde dann die Wirkung weitgehend verlieren. Betroffene Personen sollen deshalb sowohl Infektions- wie auch Antikörpertests kostenlos durchführen können. Bis die Tests etwas anderes feststellen, soll die Person nach einer Benachrichtigung durch die App als ansteckungsverdächtig gelten. Sie soll sich daher insbesondere zum Schutz anderer in Quarantäne begeben. Wie bereits erwähnt, werden die Modalitäten, ob eine Person, die in Quarantäne ist, nicht arbeiten kann, erst später geregelt. Dazu hat Ihre Kommission dem Bundesrat einen Brief geschrieben.

Ich bitte Sie, diese Differenz nun auszuräumen, damit wir zügig vorankommen.

**Rechsteiner** Paul (S, SG), für die Kommission: Die Kommission konnte den jetzt gestellten Antrag Müller Damian nicht beraten, weil er in der Kommission nicht vorlag. Es handelt sich um einen Antrag, der gleich lautet wie der Antrag der SGK-N. Weil wir im dringlichen Verfahren sind, beraten beide Kommissionen das Geschäft unabhängig voneinander und vor der Session; das ist hier geschehen. Der Antrag, der von Kollege Müller aufgenommen wird, ist der einzige Antrag, den die Kommission des Nationalrates in Abweichung zu unseren Beschlüssen bzw. zum Entwurf des Bundesrates stellt.

Kollege Müller hat es erwähnt: Das Thema selber, das hier behandelt wird, die Frage der Kostenlosigkeit der Tests, ist von der Kommission beraten worden. Wir haben am 28. Mai 2020 den Weg eines Briefes an den Bundesrat gewählt, worin wir ihm empfehlen, genau in die Richtung zu gehen, die jetzt vom Antrag Müller Damian aufgenommen wird. Das System ist dann wirksam, wenn die Tests nicht mit Hürden versehen werden, sondern kostenlos sind. Es gibt in diesem Zusammenhang allerdings noch Fragen, die im Moment geklärt werden.

Die Frage ist natürlich: Wer bezahlt? Es geht um die Preisfrage, wie immer; das ist aber in Regelung begriffen. Hier im Zusammenhang mit der Anwendung des Instrumentes selber war es in der Kommission unbestritten. Das war auch der Inhalt des Briefes an den Bundesrat: Die Tests sollen für die Betroffenen kostenlos sein. Bei einer Benachrichtigung, wenn man diesen Alarm bekommt, soll es niederschwellig möglich sein, Klarheit zu schaffen – für diejenigen, die positiv sind, aber auch für diejenigen, die als falsch positiv erachtet werden. Das System selber kann zu falsch positiven Resultaten führen. Es ist bekannt: Wenn eine Plexiglasscheibe zwischen den Personen steht, wird das von der App nicht erfasst; auch wenn die Personen durch Masken geschützt sind, wird das über die Handys nicht ausgewiesen. So gibt es halt auch die Möglichkeit von falsch positiven Resultaten. In diesem Sinne gibt es ein grosses Interesse daran, dass getestet wird, damit Klarheit geschaffen wird. Das wird durch die Kostenlosigkeit unterstrichen.

Bei dieser Gelegenheit auch eine kurze Bemerkung zu dem, was Herr Bundesrat Berset beim Eintreten ausgeführt hat: Das zweite Thema unseres Briefes war die Frage der Erwerbsausfallentschädigung. Entgegen den Anträgen von Kommissionsminderheiten im Nationalrat hat die Mehrheit unserer Kommission bewusst darauf verzichtet, diese Frage hier aufzunehmen, weil es in diesem Zusammenhang viele Komplexitäten gibt. Die Verordnung gilt ja noch bis im September, wie Herr Bundesrat Berset ausgeführt hat. Es ist sinnvoll, wenn eine gut austarierte und reflektierte Lösung vorgeschlagen wird. Die Kommission ist aber auch der Meinung, dass diese Frage geklärt werden muss, damit für die betroffenen Personen Klarheit besteht. Das ist das zweite Thema des Briefes der Kommission an den Bundesrat. Das andere Thema, die Kostenlosigkeit der Tests, ist inhaltlich unbestritten.

In diesem Sinn meine ich, dass aus Sicht der Kommission keine Einwände gegen den Antrag Müller Damian bestehen. Abstimmen konnten wir darüber aber nicht; es gibt also auch keine offizielle Position der Kommission zu diesem Antrag.

**Berset** Alain, conseiller fédéral: Il est clair qu'il y a des difficultés ou un manque de clarté concernant le financement des tests. Cela pose d'ailleurs des problèmes et des incitations que l'on peut qualifier de négatives. Aujourd'hui, selon les cas, il y a des critères différents pour savoir si le coût d'un test doit être pris en charge par l'assurance-maladie – donc pris en charge au moins jusqu'à concurrence du montant de la franchise en comptant aussi la participation de l'assuré aux coûts, puis ensuite par l'assurance-maladie – ou par le canton. C'est la loi sur les épidémies qui le prévoit ainsi.

Cette situation n'est pas très favorable. Sur le papier, elle tient bien la route. Pour vous le dire franchement, sur le papier, elle ne pose aucun problème, mais des problèmes d'application surgissent. Cela pose toujours la question de la limite. Selon les critères auxquels on se réfère, est-ce le canton qui doit payer ou l'assurance-maladie? La situation est aujourd'hui insatisfaisante, pas claire. Nous avons vu où est le problème et nous travaillons à sa résolution. Cette situation pourrait créer une incitation négative chez une personne qui devrait être testée, si elle sait qu'au cas où le résultat du test serait positif, elle devrait payer le coût du test ainsi que les frais jusqu'à concurrence de la franchise et de la participation aux coûts. Cette incitation négative est clairement un frein dans la lutte contre l'épidémie, parce qu'elle empêche de tester une partie des personnes auxquelles il faudrait faire subir le test pour pouvoir continuer à endiguer l'épidémie.

Ce problème est reconnu; nous essayons de le régler; nous présenterons bientôt une solution pour y remédier. Cela concerne donc, je l'ai dit, les cantons et les assureurs. Notre objectif est d'éviter les incitations négatives.

Je crois comprendre que la proposition Müller Damian poursuit le même objectif. Il s'agit d'être sûr que, lorsqu'il y va de l'intérêt de la santé publique, les personnes qui devraient être testées aillent se faire tester et qu'il n'y ait pas un autre intérêt qui prime sur le plan personnel ou financier et conduise à ne pas se faire tester. Abolir les incitations négatives est le but de votre proposition. Nous proposons de le faire ailleurs que dans la législation d'application. Il est bon que cela soit inscrit dans la loi sur les épidémies, mais cela relève de la base légale relative à l'application. Cela dit, j'ai pris note du fait qu'il existe une proposition qui va dans le même sens au Conseil national. Si vous deviez adopter cette proposition, je crois que ce sera une incitation positive pour le Conseil fédéral à régler cette question, même si nous ne l'avions pas prévu dans la base légale relative à l'application dans la discussion que nous avons menée au Conseil fédéral.

Il faut savoir que régler la question générale du financement des tests sera capital dans les semaines et les mois qui viennent. Pas tellement en considération de la situation actuelle, étant donné qu'il y a actuellement très peu de personnes symptomatiques, donc relativement peu de tests qui sont effectués, et que les tests positifs, notamment, sont peu nombreux – vous voyez l'évolution. Par contre, si on part de l'idée qu'il pourrait exister une certaine saisonnalité pour le virus, si on part de l'idée que des périodes sont beaucoup plus favorables aux virus, soit l'automne et l'hiver, avec beaucoup d'autres virus qui circulent, alors, là, la question des tests pourrait devenir extrêmement importante pour garder le contrôle de l'épidémie. Il faut absolument régler auparavant ces questions pour ne plus avoir d'incertitude au moment où la question pourrait redevenir plus sérieuse.

**Rechsteiner** Paul (S, SG), für die Kommission: Zu Buchstabe e: Ich habe es bereits gesagt, es ist eine Präzisierung und Verdeutlichung des Open-Source-Prinzips und demzufolge eine Ergänzung, die sinnvoll ist, jedoch bereits in der Stossrichtung der Vorlage selber enthalten ist.

*Abs. 3bis – Al. 3bis*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Müller Damian ... 36 Stimmen  
Dagegen ... 7 Stimmen  
(2 Enthaltungen)

*Übrige Bestimmungen angenommen*

*Les autres dispositions sont adoptées*

**Art. 62a; 80 Abs. 1 Bst. f; 83 Abs. 1 Bst. n**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 62a; 80 al. 1 let. f; 83 al. 1 let. n**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. II**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 2*

Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten. Er hat das Gesetz spätestens auf 1. Juli 2020 in Kraft zu setzen. Das Gesetz gilt bis zum 30. Juni 2022; danach ...

**Ch. II**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 2*

Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur de la présente loi au plus tard au 1er juillet 2020. La loi a effet jusqu'au 30 juin 2022; dès ...

**Präsident** (Stöckli Hans, Präsident): Eine Frage an Herrn Bundesrat Berset: Die Differenzbereinigung, wenn es denn eine gibt, ist für die Sitzung vom kommenden 10. Juni vorgesehen. Wir müssen dann auch noch über die Dringlichkeitsklausel befinden. Soll die Schlussabstimmung noch vor dem ordentlichen Schlussabstimmungstermin durchgeführt werden?

**Berset** Alain, conseiller fédéral: Cela m'a l'air tout à fait possible d'attendre la fin de la session. Mais pour tout vous dire, cela dépend peut-être de l'heure à laquelle le vote final aura lieu, parce que le Conseil fédéral a également prévu d'adopter l'ordonnance sur la mise en oeuvre le 19 juin. Nous ne pensons pas adopter cette ordonnance avant que le Parlement ait adopté le projet de loi dans les deux conseils. Je crois que cela devrait être possible dans ce cadre, on ne pourra pas le faire avant, donc nous partons de l'idée qu'il doit être possible d'attendre simplement le vote final.

*Angenommen – Adopté*

**Präsident** (Stöckli Hans, Präsident): Nach Artikel 77 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes wird die Dringlichkeitsklausel von der Gesamtabstimmung ausgenommen.

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble  
(namentlich – nominatif; 20.040/3444)*

Für Annahme des Entwurfes ... 43 Stimmen  
Dagegen ... 1 Stimme  
(1 Enthaltung)

*Abschreibung – Classement*

*Antrag des Bundesrates*

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse  
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

*Proposition du Conseil fédéral*

Classer les interventions parlementaires  
selon lettre aux Chambres fédérales

*Angenommen – Adopté*

**Präsident** (Stöckli Hans, Präsident): Die Motionen 20.3144 und 20.3168 der beiden SPK sind damit abgeschrieben. Über die Dringlichkeitsklausel werden wir erst nach erfolgter Differenzbereinigung abstimmen.